

CH_VB 82.418 vom 8. Oktober 1982

Bundesverwaltung, 1982-10-08, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_82.418

FR: CH_VB 82.418 du 8 octobre 1982

IT: CH_VB 82.418 del 8 ottobre 1982

Volltext

Interpellation Renschier 1458 N 8 octobre 1982 Antwort des Bundesrates siehe Seite 550 hiervor (Interpellation der Bautengruppe) Réponse du Conseil fédéral voir page 550 ci-devant (Interpellation du groupe des constructions) Präsidentin: Herr Graf ist von der Antwort befriedigt. #ST# 82.418 Interpellation Renschier Entwicklungszusammenarbeit und Tourismusprojekte Coopération au développement. Aide au tourisme Wortlaut der Interpellation vom 16. Juni 1982 In früheren Jahren hat der Bund in verschiedenen Ländern (vor allem Kenya, Tunesien, Indonesien) Projekte zur Förderung des internationalen Massentourismus finanziert. Evaluationen haben nun aber gezeigt, dass solche Projekte einen fragwürdigen Entwicklungseffekt haben und insbesondere für die ärmeren Bevölkerungsschichten, deren Unterstützung das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vorschreibt, keine Hilfe darstellen. Da sich sogar negative Auswirkungen auf die Bevölkerungen von benachteiligten Regionen immer deutlicher herausstellen, hat die DEH zu Recht auf die weitere Förderung von solchen Projekten verzichtet. Auch die privaten Hilfswerke nehmen Abstand von der Finanzierung von Tourismusprojekten. Nun hat der peruanische Ministerpräsident, Wirtschafts-, Finanz- und Handelsminister Manuel Ulloa Elias in einem Brief an Staatssekretär Jolies (siehe 18. Bericht zur Auswärtswirtschaftspolitik, Seite 135) den Wunsch geäußert, die Schweiz möge bei «der touristischen Entwicklung und beim Bau der notwendigen Infrastrukturanlagen (...) vor allem im Departement Cuzco» mithelfen. Ich frage daher den Bundesrat: 1. Wie gedenkt sich der Bundesrat zu diesem fragwürdigen Begehren der peruanischen Regierung zu verhalten? 2. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass dadurch mit schweizerischer Hilfe die Fehlentwicklung in der vom Massentourismus ohnehin sehr beeinträchtigten Region Cuzco noch weiter vorangetrieben würde? 3. Wie gedenkt der Bundesrat im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weitere Gesuche zur Förderung des Tourismus zu behandeln? Unter welchen Kriterien wäre er allenfalls bereit, solche Projekte zu unterstützen? Texte de l'interpellation du 16 juin 1982 Au cours des années écoulées, la Confédération a financé des projets visant à promouvoir le tourisme international de masse dans divers pays (le Kenya, la Tunisie et l'Indonésie surtout). Pourtant, des évaluations ont montré depuis lors que l'effet de développement découlant de tels projets est contestable et que lesdits projets ne constituent nullement une aide pour les couches les plus défavorisées de la population notamment; or la loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationale désigne expressément ces déshérités comme bénéficiaires de notre aide. Vu que les conséquences négatives apparaissent toujours plus nettement, pour les populations de régions défavorisées, la Direction de la coopération au développement a renoncé fort à propos à encourager et promouvoir plus longtemps de tels projets. Les œuvres et organisations d'entraide privées se refusent elles aussi à financer des projets de nature touristique. Or le premier ministre et ministre de l'économie, des finances et du commerce du Pérou, Manuel

Ulloa Elias - dans une lettre adressée au Secrétaire d'Etat P. Jolies (cf. 18e rapport sur la politique économique extérieure, p. 135) - a exprimé le souhait que la Suisse collabore au développement touristique et à la construction des infrastructures que celui-ci nécessite, par «la mise en œuvre d'un programme qui (...) permette l'exécution d'actions spécifiques, avant tout dans le Département de Cuzco». Pour cette raison, je demande au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes: 1. Comment notre gouvernement compte-t-il accueillir cette requête intempestive du gouvernement péruvien? 2. Le Conseil fédéral n'estime-t-il pas lui aussi que l'évolution malencontreuse de la région de Cuzco - très défigurée déjà par le tourisme de masse - serait encore accélérée de la sorte, avec l'appui de l'aide suisse? 3. Comment le Conseil fédéral se propose-t-il de traiter, dans le cadre de la coopération au développement, d'autres demandes visant à encourager le tourisme? A quelles conditions serait-il éventuellement prêt à soutenir de tels projets? Mitunterzeichner - Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Borei, Bircher, Bratschi, Braunschweig, Bundi, Christinat, Ganz, Gerwig, Gloor, Jaggi, Lang, Loetscher, Mauch, Meier Werner, Meizoz, Morel, Morf, Müller-Bern, Nauer, Ott, Reimann, Robbiani, Ruffy, Vannay, Weber-Arbon (27) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates Rapport écrit du Conseil fédéral 1. Anlässlich des Besuches von Staatssekretär Jolies im November 1981 hat der peruanische Ministerpräsident von sich aus tatsächlich das Interesse seiner Regierung auch an einer verstärkten und geordneten touristischen Entwicklung seines Landes hervorgehoben. Insbesondere standen die Erneuerung und Verbesserung des Zugangs von Cuzco zu den Ruinen auf dem Machu Picchu, die Schulung von Hotelpersonal und allenfalls die Vermittlung schweizerischer Experten zur Beratung der zuständigen peruanischen Behörden in Touristikfragen ganz allgemein im Vordergrund. Die Ruinen von Machu Picchu sind für den Tourismus längst erschlossen. Sie werden jährlich von Tausenden besichtigt. Die peruanische Regierung möchte diesen den Zugang auf einem letzten Teilstück sicherer und bequemer gestalten. Die Schulung von Personal ist nach Meinung des Ministerpräsidenten insbesondere im Zusammenhang mit dem bereits bestehenden Reiseverkehr von grosser Bedeutung. Zudem scheint es der Regierung von Peru sinnvoll, sich von Fachkräften, auch ausländischen, beraten zu lassen, bevor sie über den Einsatz der ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel beschliesst. Die Finanzierung der drei Vorhaben erfolgt durch Peru selbst bzw. soll auf kommerzieller Basis vorgenommen werden. Ein direkter Einsatz von Bundesmitteln ist nicht vorgesehen. 2. Der Besuch der Ruinenstadt auf dem Machu Picchu erfolgt in den weitaus meisten Fällen nicht isoliert; er ist vielmehr Programmpunkt von vielen organisierten Reisen nach Südamerika. Die Verbesserung eines letzten kurzen Teilstückes dürfte weder zum Massentourismus bzw. dessen Aufblähung in der Region Cuzco, wie vom Interpellanten befürchtet, führen, noch die wirtschaftliche Entwicklung Perus nachteilig beeinflussen. Der Wunsch der peruanischen Regierung, sich auch auf erfahrene Experten abstützen, ist hingegen Hinweis auf die Entschlossenheit, die weitere touristische Erschliessung des Landes gründlich zu

8. Oktober 1982 1459 Interpellation Delamuraz prüfen und ausgewogen zu gestalten. Die hierfür notwendigen Gelder sollen sorgfältig und optimal eingesetzt werden. 3. Die Schweiz hat im Laufe der letzten zwanzig Jahre im Rahmen der Entwicklungshilfe technische und finanzielle Unterstützung an Länder der Dritten Welt gegeben, die ihre Tourismusindustrie entwickeln oder ausbauen wollten. Interventionen in diesem Bereich hatten nie zum Ziel, direkt gewisse negative Formen des Tourismus zu stimulieren, die vom

Interpellant als «Massentourismus» bezeichnet wurden. Vielmehr war es die Absicht, die Entwicklungsländer, damit sie dem Phänomen Tourismus besser begegnen können, mit den personellen und technischen Mitteln auszurüsten, somit die angebotenen Leistungen zu verbessern und einen grösseren Gewinn aus der «fabriklosen Industrie» zu erwirtschaften. Diese Aktionen haben sich um den Bereich der Ausbildung von Hotelpersonal konzentriert (Hotelfachschulen in Tunesien, Indonesien und Kenia); ihr Ziel war es, ein Kader heranzubilden, das fähig war, die Aufgaben des ausländischen Personals zu übernehmen. Die Bilanz, basierend auf der Auswertung der Resultate der vier Hotelfachschulen, ist eindeutig positiv. Diese Aktionen wurden durch ein Stipendiensystem ergänzt, mit Hilfe dessen bis heute 512 Personen aus der Dritten Welt von der Ausbildung an schweizerischen Hotelfachschulen profitieren konnten. Zurückblickend kann gesagt werden, dass der von touristischen Projekten beanspruchte Teil des Budgets bescheiden geblieben ist, handelte es sich doch in den letzten zehn Jahren nur um rund 2 Prozent aller bilateralen Programme. Der Bundesrat wird auch in Zukunft im Bereiche des Tourismus Projekte prüfen und gegebenenfalls unterstützen, ganz besonders - was die technische Zusammenarbeit betrifft - auf dem Ausbildungs- und Beratungssektor, denn hier besitzt die Schweiz solide Erfahrungen, die sie zu teilen bereit ist. Indessen ist sich der Bundesrat der Risiken bewusst, die mit einem Ausbau der Tourismusindustrie verbunden sind, wie übrigens bei allen Entwicklungshilfeprojekten. Unter anderem muss man prüfen, ob die Kosten für die Schaffung eines Arbeitsplatzes im touristischen Bereich nicht bedeutend höher sind als in anderen Bereichen (beispielsweise in der Kleinindustrie). Auch muss das Entwicklungsland aus den touristischen Aktivitäten einen Devisenreingewinn machen können. Dieser wiederum soll, im Rahmen des Möglichen, dazu beitragen, regionale Ungleichheiten zu verringern und der Landflucht entgegenzuwirken. Im sozialen und kulturellen Bereich ist es nötig, darüber zu wachen, dass eine Expansion des Tourismus nicht die traditionellen Werte und Gebräuche des Gastlandes aushöhlt.

Präsidentin: Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt. #ST# 82.453 Interpellation Delamuraz Preisdifferenzierung in der Landwirtschaft Prix différentiels dans l'agriculture Wortlaut der Interpellation vom 24. Juni 1982 Seit einiger Zeit werden die in der schweizerischen Landwirtschaft festgestellten Einkommensunterschiede von verschiedenen Kreisen - landwirtschaftlichen und anderen - hochgespielt. Sie ziehen den Schluss, mit einer Preisdifferenzierung für Agrarprodukte könnten gleichzeitig die Einkommen in der Landwirtschaft ausgeglichen, die verschiedenen Produktionszweige besser gesteuert und die Steigerung der landwirtschaftlichen Bodenpreise gebremst werden. Diese Kreise verschweigen wohlweislich die schwerer wiegenden Nachteile der Preisdifferenzierung. In Anbetracht der Entwicklung ist es wichtig, jetzt zu erfahren, was der Bundesrat dazu meint, ist dieses Problem doch für die Landwirtschaft wie für die Konsumenten und die gesamte Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung. Wir ersuchen den Bundesrat, seine Meinung zu äussern.

Texte de l'interpellation du 24 juin 1982 Depuis quelque temps, divers milieux agricoles et non-agricoles montent en épingle les disparités des revenus constatées dans l'agriculture suisse. Ils en tirent la conséquence que l'institution de prix différentiels par produit permettrait d'obtenir tout à la fois l'égalisation des revenus dans l'agriculture, une meilleure orientation des productions agricoles, un frein à la hausse du prix des terres agricoles. Ces milieux passent prudemment sous silence les inconvénients majeurs du système des prix différentiels. Compte tenu du développement de la situation, il importe de connaître maintenant l'avis du Conseil fédéral sur cette question essentielle pour l'agriculture, pour les consommateurs, pour l'économie en

général. La présente interpellation vise à connaître cet avis. Mitunterzeichner - Cosignataires: Barras, Cevey, Girard, Junod, Thévoz, Tochon, Zbinden (7) Schriftliche Begründung - Développement par écrit A notre sens, l'introduction du système de prix différentiels dans l'agriculture serait de nature à diviser le monde paysan suisse bien plus qu'à le solidariser. Elle créerait en lui une sorte de lutte des classes, opposant les petits aux grands. De surcroît, elle engendrerait un esprit de méfiance et d'incessants malaises, compte tenu de l'impossibilité de définir des critères précis de modulation des prix agricoles. Dès lors se renforcerait encore inéluctablement l'interventionnisme étatique dans l'agriculture. A coup sûr, l'égalitarisme l'emporterait sur l'équité. Mais, en vérité, n'est-ce pas là ce que recherchent certains? La loi fédérale sur l'agriculture parle de soutien aux exploitations productives de type familial, rationnellement gérées et reprises à des conditions normales. Cela motive constamment les paysans dans leur recherche d'efficacité et de rationalisation: la productivité de l'agriculture helvétique en est la preuve éloquente. Il est évident que l'institution de prix différentiels aurait pour fâcheuses conséquences d'éroder cette motivation, cette volonté, cette imagination, de figer ainsi les structures agricoles et, à moyen terme, d'entamer la production agraire. Cela entraînerait insidieusement l'effritement de la capacité concurrentielle de notre agriculture face à l'étranger. D'où cette alternative dont les deux termes sont, l'un comme l'autre, peu engageants: le maintien de l'agriculture suisse étant évidemment admis, ou bien l'institution des prix différentiels signifie l'augmentation des prix payés par le consommateur, ou bien l'accroissement des prestations de la caisse fédérale. De nombreux motifs - défense nationale économique, occupation harmonieuse du territoire, entretien du paysage, entre autres - postulent l'existence d'une agriculture largement répartie entre plaine, collines, montagne. Il s'impose de tenir un compte plus équitable encore qu'aujourd'hui des différences de conditions - donc de rémunération - de ces différents types d'agriculture; pour ce faire, il s'agit de faire jouer plus amplement les procédés existants d'aide fédérale, les contributions spécifiques directes en faveur de l'agriculture de montagne tout particulièrement. Ces formules sont substantiellement préférables à celle des prix différentiels, dont nous venons de dénoncer les risques graves qu'il présenterait pour l'avenir de notre agriculture. Schriftlicher Bericht des Bundesrates Rapport écrit du Conseil fédéral II y a une année déjà, le Conseil fédéral répondant à une interpellation (81.371) du 19 mars 1981, donnait son avis sur

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Interpellation Renschler Entwicklungszusammenarbeit und Tourismusprojekte Interpellation Renschler Coopération au développement. Aide au tourisme In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1982 Année Anno Band IV Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 15 Séance Seduta Geschäftsnummer 82.418 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 08.10.1982 - 08:00 Date Data Seite 1458-1459 Page Pagina Ref. No 20 010 849 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.